



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/133

5. Oktober 1949

Der neue Satellit

Dr.K. Berlin

Nach den hier vorliegenden Informationen wird am Freitag um 12 Uhr der Volksrat zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammentreten, um den "spontanen Wunsch der deutschen Bevölkerung nach einer gesamt-deutschen-Regierung" bekanntzugeben, Natürlich handelt es sich dabei nur um eine neue Satelliten-Regierung. Ob auf dieser Sitzung gleichzeitig die Proklamierung der "wahrhaft unabhängigen deutschen Regierung" erfolgen wird, steht noch nicht fest. Aus Kreisen des Volksrates hört man, dass die Regierungsbildung bis spätestens 20. Oktober vollzogen sein soll. Dienstag begannen die Besprechungen der führenden Ostzonenpolitiker untereinander und mit der SMA über die zukünftige Besetzung der Ministereseel. Während die von Ulbricht geführte und bis vor kurzem von dem nun plötzlich abberufenen Hauptexponenten des Moskauer Politbüros, Generalmajor Tulpanow, bestimmte radikale kommunistische Gruppe die Ernennung Ulbrichts oder des Präsidenten der Deutschen Wirtschaftskommission, Heinrich Rau, zum Ministerpräsidenten begünstigte, befürwortet die von Botschafter Semjonow inspirierte gemässigte Richtung die Ernennung Grotewohls oder die des LDP-Vorsitzenden Prof.Kassner. Auch der brandenburgische Ministerpräsident Br.Steinhoff wird genannt.

Auf jeden Fall steht aber heute schon fest, dass die beiden bürgerlichen Blockparteien, die Ost-CDU und die Ost-LDP, wieder einmal vollkommen an die Wand gedrückt, ja, nicht einmal vor der Beschlussfassung von der SED gefragt wurden. So blieb dem erst am 23. September aus Moskau zurückgekehrten LDP-Vorsitzenden und Volksratspräsi-

5. Oktober 1949

dentem Prof. Kassner ebenso wie den führenden CDU-Politikern Dertinger und Prof. Hickmann nichts weiter übrig, als unter dem Druck der SMA und der SEP auf den Tagungen ihrer Parteiausschüsse in Dresden und Leipzig für die Bildung der geplanten Ostzonenregierung ebenfalls aufzurufen. Wesentlich aber ist, dass beide Parteien in diesem für das zukünftige Schicksal der Bevölkerung der Ostzone entscheidenden Augenblick nicht den Mut aufbrachten, als Voraussetzung ihrer Beteiligung an der bevorstehenden Regierungsbildung die seit einem Jahr verfassungsmässig fälligen Wahlen zu fordern.

Am Montag liess die SMA noch einmal durch den inzwischen abberufenen Tulpanow erklären, die Ausschreibung von Wahlen im gegenwärtigen Augenblick wäre gegenüber der sich in einer schweren Parteikrise befindlichen SEP "undemokratisch" und "unfair". So scheint es also auch diesmal wieder der SEP infolge der weichen Haltung der politischen Führer der auch in der Ostzone tatsächlich vorhandenen bürgerlichen Mehrheit, zu gelingen, ihre diktatorische Machtstellung sowohl in den Ländern, wie auch in der kommenden Ostzonenregierung zu sichern. Die heute zum ersten Mal sich regende Opposition innerhalb der bürgerlichen Ostzonenparteien soll dadurch besänftigt werden, dass man ihnen vage Zusagen für Wahlen im nächsten Jahr macht, nachdem man der neuen Regierung zunächst einmal Zeit gelassen hat, sich zu bewähren. Bezeichnend ist, dass die Chefredakteure der sowjetdeutschen Presse die Anweisung erhielten, nur "spontane" Erklärungen solcher Ostzonenpolitiker zu veröffentlichen, die die sofortige Regierungsbildung ohne vorherige Wahlen fordern.

Wir konstatieren also folgenden Tatbestand: Die führenden Ostzonenpolitiker lehnen die auf Grund freier und geheimer Wahlen errichtete westdeutsche Bundesregierung als undemokratisch und dem ausländischen Kapitalismus hörig ab. Sie selbst aber unternehmen nun die entscheidenden Schritte zur Bildung einer neuen "wahrhaft demokratischen gesamtdeutschen Regierung mit dem Sitz in Berlin" unter bewusster Ausschaltung des politischen Willens der Ostzonenbevölkerung, weil diese - darüber gibt man sich sowohl bei der SMA wie auch bei der SEP keinen Illusionen hin - der SEP eine vernichtende Niederlage beibringen würde.

Paris für wirtschaftliche Neuordnung Westeuropas

Von Alfred Frisch, Paris

Trotz aller Dementis besteht für die eingeweihten Kreise kaum ein Zweifel, dass Frankreich nach der Pfundabwertung die Initiative zur Bildung eines französisch-italienisch-belgisch-holländischen Währungs- und Wirtschaftsblocks ergriffen hat. Derartige Bestrebungen passen durchaus in den Rahmen der französischen Europapolitik. Wie erinnerlich, hat Frankreich bereits kurze Zeit nach dem Kriege und trotz aller Ressentiments gegenüber Italien die Anregung der Regierung von Rom zwecks Abschluß einer französisch-italienischen Zollunion sofort aufgegriffen.

Der angestrebte Wirtschaftsblock - Vorbesprechungen zwischen Sachverständigen sind in den verschiedenen Hauptstädten bereits im Gange - wäre eine betont liberal orientierte Gemeinschaft. Seine ersten Etappen bestünden in der Einführung des gegenseitigen freien Umtausches der Währungen und ferner in dem möglichst weitgehenden Verzicht auf Kontingente und sonstige Handelsschranken. Dieser kontinentale, liberale Block entspricht natürlich weitgehend den wirtschaftspolitischen Wünschen der Vereinigten Staaten, die zweifellos bereit wären, seine Lebensfähigkeit im Rahmen des Möglichen zu steigern. Anlässlich einer dieser Tage in Paris abgehaltenen Pressekonferenz hat in der Tat der Botschafter des Marshallplanes, Harriman, ziemlich eindeutig die Absicht seiner Regierung zu verstehen gegeben, für Länder, die sich für die freie Konvertibilität ihrer Währungen entscheiden, einen besonderen Dollarstützungsfonds zur Verfügung zu stellen.

Die verantwortlichen französischen Stellen wissen allerdings sehr wohl, daß der von ihnen im Aussicht genommene kontinental-europäische Währungs- und Wirtschaftsblock ohne Beteiligung Deutschlands auf die Dauer schwer denkbar ist. Eine Einbeziehung des Nachbarn würde die positive Mitarbeit des deutschen Industriepotentials sichern und gleichzeitig Deutschland von einem gefährlichen Konkurrenten zu einem leichter zu behandelnden Partner machen. Daher begründete die französische Regierung ihre Haltung in der Frage der DM-Abwertung mit dem Wunsch,

5. Oktober 1949

Deutschland den Weg in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu eb-
nen und jede mögliche Störung durch ein etwaiges Dumping von Anfang
an auszuschliessen. In diesem Zusammenhang legt Paris grossen Wert
auf einen ihm gerecht erscheinenden Kohlenpreis, d.h. auf die Liefe-
rung des Ruhrkoks an die französische Stahlindustrie zum gleichen
Preis wie an die deutsche Industrie. Man will in dieser Preisanpas-
sung einen Beweis für die deutsche Bereitschaft zur wirtschaftlichen
Zusammenarbeit und ausserdem eine der Voraussetzungen für die euro-
päische Einheit sehen. Das deutsche Zugeständnis in der Kohlenpreis-
frage wäre nach französischer Ansicht demnach als Eintrittspreis in
die zu bildende Gemeinschaft aufzufassen.

So weit die Pläne. Ihre Verwirklichung ist politisch immer leicht-
er als wirtschaftlich, da jedes Entgegenkommen zu Gunsten des aus-
ländischen Partners zwangsläufig nationale Interessen verletzt, und
leider scheint Europa für die mit einer internationalen Zusammenarbeit
untrennbar verbundenen Arbeitsteilung psychologisch noch nicht reif
zu sein. Die meisten Versuche zur Überwindung des nationalen Egois-
mus und des ihn wirkungsvoll stützenden Souveränitätsbegriffes sind
bisher gescheitert. Besonders enttäuschend muss in diesem Zusammen-
hang die gerade jetzt erfolgte diplomatische Beerdigung des franzö-
sisch-italienischen Zollunionsplanes wirken. (b/41c/2/he)

(sp) Am 9. Oktober begent in Solingen die Arbeit-
erwohlfahrt den 30. Jahrestag ihrer Gründung.

Organisierte Uneigennützigkeit

J.S. Vor etwa einem halben Jahr klopfte an die Tür der Arbeiter-
wohlfahrt in Hannover ein junges Mädchen. Es war die 16-jährige Karin
Chr. An der Hand führte Karin drei jüngere Geschwister; zwei Brüder
von 9 und 10, eine Schwester von 14 Jahren. Tapfer die Tränen hinun-
terschluckend, erzählte Karin ihre Geschichte. Anfangs Dezember war

der Vater von den Russen geholt worden, am Heiligen Abend dann die Mutter. Sie werde bald wiederkommen, sagten die, die die Mutter mitnahmen. Die Kinder warteten, aber sie hörten nichts mehr, weder vom Vater, noch von der Mutter. Da löste Karin heimlich den Haushalt auf, verkaufte, was zu verkaufen ging, dann nahm sie ihre drei Geschwister, schlug sich mit ihnen bis zur Zonengrenze durch und ging schwarz über die Demarkationslinie. "Meine Mutter hat mir einmal gesagt, wenn ihr etwas zustossen sollte, dann sollten wir nach Hannover gehen, dort sei die Zentrale der Arbeiterwohlfahrt, dort werde uns geholfen."

Den vier Kindern wurde geholfen. Karin ist heute Helferin in einem Kinderheim der Arbeiterwohlfahrt, ihre Geschwister sind im gleichen Heim als Pfleglinge untergebracht. Es ist eines der 152 Heime, die die Arbeiterwohlfahrt, über ganz Westdeutschland verstreut, unterhält.

Dreissig Jahre wirkt nun die Arbeiterwohlfahrt, dreissig Jahre an den Brennpunkten der Not. Etwas von dem Wissen um die Not, aber auch von der Freude, helfen zu können, spiegelt sich in den Augen von Lotte Lemke wider, der Frau, die mit Klugheit, Takt und Herzenswärme die Hauptgeschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt in Hannover leitet. Dass Helfen und Lindern vornehmlich ein Reservat der Frauen ist, erhält man hier wieder bestätigt: man sieht in der Hauptgeschäftsstelle fast nur Frauen und von den 54.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern der Arbeiterwohlfahrt im ganzen Bundesgebiet sind 50.000 Frauen. Eine Frau ist auch die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, Marie Juchacz, die auf den Fürsorgeerfahrungen des ersten Weltkrieges im Jahre 1919 diese "Selbsthilfe der Arbeiterschaft" aufbaute, wie Reichspräsident Ebert einmal die Arbeiterwohlfahrt nannte. Aus schüchternen Anfängen wuchs die Organisation rasch zu einer Einrichtung, die aus der gesamten Sozialfürsorge, besonders der Jugendpflege, der Weimarer Republik nicht mehr wegzudenken war.

1933 wurde die Organisation der Arbeiterwohlfahrt zerschlagen, ihre Einrichtungen von der NSV übernommen. Sporadisch und unorganisiert wurde hie und da geholfen, so weit es noch ging. Als 1945 die

Arbeiterwohlfahrt aus spontanen Entschlüssen hilfswilliger Menschen wiedergeboren wurde, war der organisatorische Rahmen schwach und litt unter der Vierteilung Deutschlands. Aber unverdrossen wuchs aus den Trümmern des Krieges mit der Not das Bedürfnis zu lindern und bald stand die Arbeiterwohlfahrt grösser da als vor 1933. Nach der ersten Reichskonferenz im Mai 1947 in Kassel konnte die bisher regional wirkende Arbeit koordiniert werden und so entwickelte sich der Hauptausschuss in Hannover, dessen Vorsitz der Oberbürgermeister von Köln, Robert Görlinger, übernahm. Koordinieren, lenken, mit den überregionalen staatlichen Stellen Fühlung nehmen - heute sagt man "auf Bundesebene" - den Kontakt und die bis heute klaglose Zusammenarbeit mit den anderen Wohlfahrtsverbänden herstellen - das ist die Aufgabe des Hauptausschusses. Die 5.000 Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesausschüsse haben ihre Handlungsfreiheit behalten, es ist keineswegs so, dass "Hannover regiert". Von den Aufgaben der Organisationsspitze vor 1933 hat auch der Hauptausschuss in Hannover als wichtigste die Pflicht übernommen, von zentraler Warte aus die Gesetzgebung auf dem Sektor der sozialen Fürsorge zu beobachten und zu befruchten. Schulung der ehrenamtlichen Mitarbeiter, Ausbildung des sozialen Berufsnachwuchses auf der Wohlfahrtsschule in Karlsruhe und einer Schwesternschule in Westerland auf Sylt (zur Zeit etwa hundert Schülerinnen), Unterhalt des bekannten Heimkehrerheimes "Fischerhof" bei Wolzen mit psych-therapeutischen Methoden, des "Jugendwerkes Druhwalde" in der Lüneburger Heide, u.a.m. - das alles gehört zum Aufgabengebiet des Hauptausschusses.

Der Wunsch zu helfen, hat zu keiner Zeit ein grösseres Betätigungsfeld gefunden als jetzt. Man könnte ein Buch damit füllen. Wie vor der Währungsreform liegt auch heute der Schwerpunkt auf der Jugendpflege. 300.000 Freunde und Mitglieder zählt die Arbeiterwohlfahrt. Von ihren Beiträgen werden 2.901 Beratungsstellen, 1.450 Nähstuben, 202 Kindergärten, 45 Volkshäuser und 40 Haus- und Gemeindepflegestationen unterhalten. Von den 152 Heimen der Arbeiterwohlfahrt mit 10.300 Betten dienen allein 62 der Kindererholung, fünf der Mütter- und Säuglingspflege. Für Heimkehrer sind sieben Heime bereitgestellt, das Flüchtlingsproblem hat in sechs Heimen eine Pflegestätte gefunden. Und wenn wir noch die sechs Krankenhäuser und 15 Altersheime erwähnen, die die Arbeiterwohlfahrt

unterhält, dann ist auch damit der weitgespannte Rahmen der caritativen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt nur angedeutet, nicht erschöpfend behandelt.

Daß die Arbeiterwohlfahrt die Schwierigkeiten der Währungsreform überdauert hat und heute kräftiger da steht als je, ist der beste Beweis dafür, wie tief verwurzelt sie im deutschen Volksleben ist. Nichts zeigt das deutlicher als das Vertrauen der 16-jährigen Karin Chr., das über die Zonengrenzen hinweg Erfüllung fand. Wie Karin, wurde Hunderttausenden geholfen, die an die Tür der Arbeiterwohlfahrt pochten - ein Lichtblick in unserer an Selbstsucht so reichen Zeit. (m/2/5lo/2/he)

- - - - -
Dr. Heinrich Böx
=====

(sp) Seit einiger Zeit ist Dr. Heinrich Böx in der Funktion des Bundes-
Pressechefs tätig. Diese Stellung wird ihm, wenn er sie für die Dauer
behält, nach zwei Seiten grossen Einfluss geben - nach der Seite der brei-
testen Öffentlichkeit über Presse und Rundfunk, und nach der Seite der
Regierung, also seines Auftraggebers.

Formell hat er die Interessen beider Faktoren aufeinander abzustimmen.
Da er mit beiden in engstem Kontakt arbeitet, wird er auch die Möglich-
keit haben, mit dem Hinweis auf die Notwendigkeiten und Möglichkeiten
der Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung Einfluss auf die Haltung
der Regierung zu nehmen, wie er, was näher liegt und seinem Auftrag mehr
entspricht, andererseits im Sinne der Regierung auf die Presse wird ein-
wirken können. Er könnte also in der Schlüsselstellung, in der er arbei-
tet, eine sehr persönlich gehaltene politische Aktivität entwickeln. Das
alles hängt wesentlich von seinen Fähigkeiten und seinem Charakter ab.

Dr. Böx ist nach Schilderungen aller, die ihn kennen, und zwar solcher,
die ihm mit ausgesprochener Achtung begegnen, und anderer, die ihm mehr
kritisch gegenüberstehen, ein sehr eigenwilliger, kluger, konzentriert
denkender und arbeitender Mann von grossen politischen Ehrgeiz. Das hat
er besonders in der Zeit seiner Arbeit im früheren Deutschen Pressedienst
bewiesen. Er neigt, so sagt man allgemein, zu sehr zielbewusster Auswer-
tung von politischen Chancen, die sich aus persönlichen Freundschaften
oder Bekanntschaften ergeben. Er spricht und argumentiert stets zweckbe-
wusst. Wahrscheinlich deshalb rühmt man ihm auch "diplomatische" Fähig-
keiten nach. Seine stärkste Stütze aber ist das grosse Vertrauen, das
Dr. Adenauer in ihn setzt, dem er ohne Vorbehalt dient. - Er ist persö-
nlich liebenswürdig und von angenehmen Umgangsformen. Mancher seiner Un-
tergebenen im dpd empfand das freilich nicht sehr deutlich.

Über seinen bisherigen Werdegang wurde bereits verschiedentlich berich-
tet. Er ist 44 Jahre alt, Philologe, kam erst nach dem Kriegsende über
den German News Service und seit März 1947 über den dpd zur Pressearbeit
und später war er ausserpolitischer Redakteur bei der "Kölnischen Rund-
schau". Die Kürze seiner journalistischen Laufbahn hat er durch intensi-
ve Arbeit auszugleichen versucht. (m/1/5lo/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau